

Aktivieren statt Versorgen: Interkulturelle Aktionsfelder zur Förderung der Integration

Der dritte und letzte Teil der Serie über die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ befasst sich mit interkulturellen Handlungs- und Lernfeldern von Wohnungsunternehmen und Kommunen, die Maßnahmen und Projekten zugrunde liegen sollten, um die Integration von Zuwanderern in ihrem Wohnquartier, aber auch in der Gesellschaft insgesamt zu fördern. Das Motto „Aktivieren statt Versorgen“ kann als Leitlinie dafür gelten.

Die Zwischenevaluation des Programms „Soziale Stadt“ hat belegt, was bislang allgemeine Erfahrung in Wohnungsunternehmen und Siedlungen ist: Die Beteiligung von Migranten an Stadtentwicklungsprozessen, ihre Mitwirkung bei bürgerschaftlichen Aktivitäten ist sehr gering. Insbesondere Frauen und Mädchen aus muslimischen Zuwandererfamilien gehören zu den am schlechtesten zu erreichenden und zu mobilisierenden Gruppen im Quartier. Dies ist teils auf patriarchale Familienstrukturen zurückzuführen, die es den Frauen und Mädchen nur unter reglementierten Bedingungen erlauben, sich außerhalb des häuslichen Rahmens zu bewegen. Sehr häufig ist die allgemein mangelnde Beteiligung von Migranten aber auch auf Ansprachefehler und -defizite zurückzuführen, weil mittelschichtorientierte Kommunikationsformen wie Runde Tische, herkömmliche Vereinsstrukturen oder das Prinzip der Schriftlichkeit bei Handzetteln, Aushängen etc. vorherrschen, in vielen Herkunftskulturen der Migranten das gesprochene Wort jedoch ungleich stärker gewichtet wird als das geschriebene. Es kommt auch vor, dass zwar viele Angebote und Dienstleistungen für Zuwanderer vorgehalten werden, diese ihre Zielgruppe aber nur schlecht erreichen, weil die Angebotsstruktur nicht an zuvor ermittelten tatsächlichen Bedarfen der Zuwanderer ausgerichtet ist.

Migranten durch „Selbstermacher-Projekte“ statt „Entscheide-mit-Projekte“ motivieren

INFO

Lesen Sie auch
in der Mai-Ausgabe:

Empfehlungen zur stadträumlichen
Integrationspolitik
Schule, Ausbildung, Ökonomie im
Stadtteil fördern die Integration
Seite 72

Lesen Sie auch
in der Juni-Ausgabe:

Empfehlungen zur stadträumlichen
Integrationspolitik
Mit der Gestaltung von Quartieren
die Integration von Zuwanderern
fördern
Seite 78

Die Partizipation der zugewanderten Bevölkerung und Bewohnerschaft eines Quartiers ist deshalb von so hoher Bedeutung, weil sie hilft, sozialen und räumlichen Rückzugsprozessen vorzubeugen. Vor allem zu Beginn der gemeinwesenorientierten Arbeit im Quartier sind kleine Maßnahmen, die einen kurzfristig eintretenden persönlichen Nutzen bringen, erfolgreicher als offene Partizipationsmöglichkeiten oder langfristig orientierte Beratungsangebote. Sie legen erst die Basis für eine erfolgversprechende langfristige Integrationsarbeit. „Die zunächst eigennützig motivierte Beteiligung schafft zusätzlich soziale Vernetzungen, selbst helfende Strukturen und Mechanismen sozialer Kontrolle und befördert die Identifikation mit dem jeweiligen Wohnviertel.“ (Strohmeier, 2005, 16) Partizipation in diesem Sinne beginnt bereits bei der Übertragung von Verantwortung für das eigene Wohnumfeld; zum Beispiel mit der Gestaltung und Pflege von öffentlichen Plätzen und Räumen durch Nutzergruppen oder mit der Einrichtung von Mietergärten (siehe dazu den Beitrag in der Juni-Ausgabe der DW). Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ haben sich auch so genannte Verfügungsfonds bewährt. Hierbei entscheiden die Bewohner und Akteure eines Quartiers selbst, welche kleineren Projekte sie vor Ort in welcher Form durchführen wollen. Die vielfältigen kleinen Aktivitäten entwickeln sich oft zu Keimzellen neuer Initiativen und Lernfeldern bürgerschaftlichen Engagements. Mittel dafür stellt beispielsweise das Programm LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke zur Verfügung (www.los-online.de).

Kooperation mit Selbstorganisationen nutzen

Die Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen der Migranten verbessert die Akzeptanz von Beteiligungs- und Integrationsangeboten. Selbstorganisationen bilden häufig einen vertrauten Rahmen für die Zielgruppe und steigern die Attraktivität der Angebote, indem die Entscheidung über eine Beteiligung mit anderen abgesprochen werden kann. Selbstorganisationen sollten allerdings nie nur als Unterstützer für Angebote der Mehrheitsgesellschaft gesucht werden. Auch ihre eigene

Arbeit muss gefördert werden, sofern sie auf Integration ausgerichtet ist. Die Münchner Selbsthilfeförderung leistet auf diesem Gebiet vorbildliche Arbeit (www.shz-muenchen.de).

Kontaktaufnahme und Beteiligungsangebote müssen im lebensweltlichen Umfeld der Zuwanderer angesiedelt sein

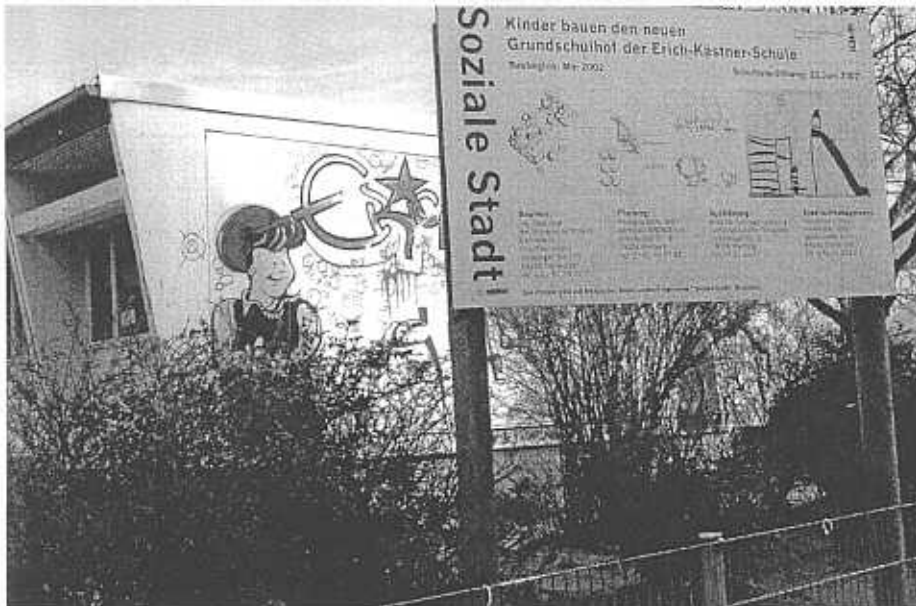
Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung dafür, dass Kontakte zu Angehörigen anderer ethnischer Gruppen auch langfristig tragfähig sind. Nur mit Deutsch als „lingua franca“ ist die Beteiligung von Menschen mit unterschiedlichen Muttersprachen zum Beispiel an Projekten zur Aufwertung und Gestaltung eines Quartiers möglich. Die an der Lebenswelt der zugewanderten Bewohner orientierte Sprachförderung vor Ort ist daher nicht hoch genug zu gewichten. Allerdings sollte auch der Einsatz von muttersprachlichen Medien für Migranten gängige Praxis von

Gutes Beispiel

Mit Mitteln aus dem LOS-Programm fördert in Rosenheim die Migrantenselbstorganisation Kosovarja e. V. die Integration von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien

Die Problemlage gestaltet sich folgendermaßen: Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien können aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht am sozialen, beruflichen und politischen Stadtteilleben teilhaben. Erster Schritt zur Lösung des Problems: Der Selbsthilfeverein Kosovarja e. V. führt ein lebensweltbezogenes Training mit den Frauen durch. Über den Verein werden die Frauen erreicht. Das soziale Umfeld wird durch theoretisches und praktisches Training mit den Frauen erschlossen. Das Ziel ist, lebensweltbezogenen Sprach- und Sozialkompetenz zu erwerben. Die Kinderbetreuung während der Trainingsphasen ist gewährleistet.

Quelle: Mikroprojektdatenbank unter www.los-online.de



Die Beteiligung von Kindern an Gestaltungsprojekten gelingt erfahrungsgemäß leicht und hilft, auch die Eltern zu aktivieren und für Beteiligungsprozesse zu gewinnen.

Foto: Schader-Stiftung

Wohnungsunternehmen und Kommunen sein, um den Erstkontakt herzustellen. Unbedingt zu beachten ist, dass das gesprochene Wort in vielen Herkunftskulturen der Zuwanderer Vorrang vor dem geschriebenen hat. Der persönliche Kontakt hat oftmals ungleich stärkere Wirkung als aufwändig gestaltete Broschüren. Bewährte Praxis ist, die Bewohner an alltäglichen Kommunikationsorten aufzusuchen und Beteiligungsangebote ebendort stattfinden zu lassen. Der Einsatz von bikulturellen Mitarbeitern bzw. interkulturell geschultem Personal, das den Bewohnern vertraut ist und nicht von Projekt zu Projekt wechselt, zahlt sich ebenfalls aus. Wohnungsunternehmen und Kommunen sollten daher darauf achten, vermehrt Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu beschäftigen bzw. ihr Personal dementsprechend zu schulen. Gleiches gilt auch für ehrenamtliche Mitarbeiter in Wohnungsunternehmen, die eine Brücke zwischen Mieterschaft und Unternehmen schlagen, sowie für vor Ort tätige Quartiersmanager.

Angesichts der demographischen Entwicklung ist interkulturelle Kompetenz in Wohnungsunternehmen und Kommunen alternativlos

Personelle Neueinstellungen im größeren Umfang sind insbesondere in den Kommunen in der nächsten Zeit kaum zu erwarten. Um so wichtiger ist es, das vorhandene Personal

interkulturell zu schulen, denn immer mehr Bürger der Städte und Kunden von Wohnungsunternehmen haben einen Migrationshintergrund. In nur 30 Jahren wird der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den unter 40-Jährigen zwischen 40 und 50 Prozent liegen! Mehrere Städte, darunter Offenbach oder Essen, haben Konzepte für die Vermittlung interkultureller Kompetenz entwickelt und umgesetzt. Das Offenbacher

Konzept, niedergelegt in einem Leitfadensystem, ist in aufeinander aufbauenden Bausteinen aufgebaut und verfolgt folgende Ziele: „Die Verwaltungsangestellten sind in der Lage, ihren jeweiligen Arbeitsauftrag kundenfreundlicher und effektiver zu erfüllen. Dabei ist insbesondere ihre Kompetenz im Umgang mit Kunden aus anderen Kulturen gestärkt worden. Sie haben Techniken der Kommunikation, der Vermittlung und Verhandlung kennen gelernt, die ihnen helfen, im Umgang mit Kunden aus anderen Kulturen ihre Dienstleistung entsprechend der jeweiligen Situation oder Person zu erbringen und auch schwierige Situationen zu bewältigen.“ (MGSFF, 2004, 139) Viele Situationen zwischen kommunalen Sachbearbeitern und ausländischen Bürgern oder Mitarbeitern von Wohnungsunternehmen und Mietern bzw. Wohnungssuchenden sind sicher ähnlich. Insofern sollten Wohnungsunternehmen den Wissensvorsprung einiger Kommunen nutzen und auf deren Erfahrungen zurückgreifen, um ihre eigenen Bemühungen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz im Unternehmen zügig voranzutreiben.

Dr. Kirsten Krüger-Conrad
Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung,
Darmstadt



Software
für die
Wohnungswirtschaft

www.kirchhof.de

G. Kirchhof GmbH
EDV-Beratung
Graf-Adolf-Str. 25
40212 Düsseldorf
Telefon 0211 38467-888
Telefax 0211 38467-884



Literatur:
Häußermann, Hartmut: Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3 2005, S. 75-85
MGSFF NRW (Hrsg.): Integrationsarbeit für Kommunen – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf 2004
Schader-Stiftung, DST, GdW, Difu, In-WIS (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt 2005
Schader-Stiftung, DST, GdW, Difu, In-WIS (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt 2005
Strohmeier, Klaus Peter: „Selbermacherprojekte“ gegen Armut und Ausgrenzung. In: forum. Das Magazin der Bertelsmann-Stiftung, 1/2005, S. 15-16
Strohmeier, Klaus Peter; Kersting, Volker: Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Soziale Benachteiligung und Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4 2003, S. 231-246